

ÖVP-Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf streicht/kürzt die Förderungen feministischer Projekte und verliert damit jede Glaubwürdigkeit als Frauenreferentin.

Die für das Frauenreferat und damit – so sagt es die Förderrichtlinie – für die Förderung von emanzipatorischen Einrichtungen zuständige ÖVP-Politikerin Patrizia Zoller-Frischauf streicht/kürzt die Förderung von (bisher) vier explizit feministischen Projekten. Auch eine Mitgliedsorganisation der TKI, das Projekt kinovi[sie]on ist – mit dem ArchFem, dem AEP und dem FrauenLesben-Zentrum – von der Streichung betroffen. Die TKI teilt den Protest unzähliger Frauen(projekte), PolitikerInnen und BürgerInnen gegen die Streichung dieser Förderungen, aber auch gegen die dahinterliegende Argumentation Zoller-Frischaufs.

Die autonome Frauenbewegung hat in langen, konsequenten, wandlungsfähigen, aber niemals sich unterordnenden Kämpfen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Gleichbehandlung, Frauenförderung, Genderbudgeting und ähnliche Themenfelder als Agenda in die politische Rhetorik aller Parteien Einzug gehalten hat. Gleichzeitig haben sich aber die realen gesellschaftlichen Verhältnisse – wie Zahlen belegen – in keinsten Weise dahingehend verändert, dass Frauen heute auch nur annähernd gleichgestellt wären. Die politischen Forderungen und Rechte der Frauen sind nicht durchgesetzt.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden Einrichtungen, Gesetzesgrundlagen und auch Förderinstrumente geschaffen, die dazu dienen sollten, Gleichstellung von Frauen voranzutreiben. Zu nennen wären hier die internationale Frauenrechtskonvention, verschiedene nationale Gesetzgebungen sowie die Einrichtung von Frauenförderschwerpunkten auf Bundes-, Länder und teilweise auch auf Gemeindeebene.

Frauenreferat zur Förderung emanzipatorischer Projekte

Auch in Tirol wurde in diesem allgemeinen Trend ein *Frauenreferat* eingerichtet, das sich bis heute laut Förderrichtlinie die Aufgabe gibt, „engagierte Fraueninitiativen“, Projekte „von und für Frauen“ mit „emanzipatorischem Charakter“ zu unterstützen. Ziel ist dabei insbesondere die „Beseitigung ungerechtfertigter Benachteiligungen von Frauen“, gefördert werden sollen infrastrukturelle Maßnahmen, die der Organisation von solchen Projekten und dem Wissenstransfer unter den Frauen dienen. Daneben werden explizit die Aus- und Weiterbildung von Frauen für Frauen, die Medienarbeit und die politische Bildung als Förderbereiche genannt. Dies alles immer mit dem Ziel der Chancengleichheit.

Frauenförderung war demnach – zumindest ursprünglich – klar als zusätzliches, sehr spezifisches Förderinstrument gemeint. Da eine Gleichstellung nicht gegeben ist, sollen Frauenorganisationen die Möglichkeit erhalten, Strategien zu entwickeln, wie Gleichstellung erreicht werden könnte. Gehandelt wurde Frauenförderung freilich in Tirol fast immer anders: Projekte von/für Frauen wurden in den meisten Fällen nicht aus bestehenden Töpfen für Kultur, Wissenschaft, Erwachsenenbildung etc. gefördert und dann zusätzlich noch aus dem kleinen Budget des Frauenreferates kofinanziert. Ganz im Gegenteil: meistens wurden emanzipatorische Frauenprojekte in die Frauenförderung abgedrängt, nur aus diesem Topf und also auch mit sehr kleinen Beträgen gefördert. Somit wurde die Bearbeitung frauenpolitischer Anliegen nicht zusätzlich gefördert, sondern marginalisiert. Aber immerhin: es gab eine Förderung.

Streichung nicht nachvollziehbar!

Die vier nun gestrichenen, bzw. im Fall des AEP massiv gekürzten, Projekte entsprechen prototypisch den Förderkriterien des Frauenreferats:

Das **ArchFem** – Interdisziplinäres Archiv für feministische Dokumentation – betreibt nicht nur ein Archiv zur lokalen Frauen(bewegungs)geschichte, sondern forciert in Kooperation mit

universitären Einrichtungen und anderen Organisationen in Form von Diskussionen und anderen Formaten außeruniversitäre Auseinandersetzungen zu genderspezifischen Fragestellungen. Workshops zu medialen und künstlerischen Ausdrucksformen für frauenspezifische Anliegen werden ebenso angeboten wie Filmreihen, ein literarischer Salon, frauenpolitische Austausch-, Bildungs- und Vernetzungsprojekte. Im Zentrum steht somit Wissensentwicklung und Wissenstransfer für Frauen, politische Bildung und Medienarbeit. Eigentlich all das, was laut Richtlinien und Leitbild Ziel und Aufgabe des *Referates Frauen und Gleichstellung des Landes Tirol* darstellt.

Selbiges gilt für den **AEP** (Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft), hier wird seit 1974 Bildungsarbeit, Diskurs, Theorieentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit für eine emanzipatorische, feministische Frauenpolitik geleistet. In diesem Sinne betreibt der AEP eine öffentliche Frauenbibliothek, gibt die Zeitschrift „AEP-Informationen - Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft“ heraus, organisiert Diskursveranstaltungen über Feminismus, Frauenbewegung, Politik und betreibt eine Beratungsstelle.

In Bezug auf die Streichung der Förderung für das **Autonome FrauenLesben-Zentrum** – in dessen zentralem Fokus die Diskriminierung von Lesben, aber auch die Sichtbarmachung von Ungleichbehandlung von Frauen steht – betonte Zoller Frischauf: „die Lage in Tirol ist nicht so prekär, dass es dafür eine eigene Einrichtung braucht“. Und weiter: „Es gibt weder eine Rechtsberatung noch einen Psychologen. Die Leute geben sich gegenseitig Tipps und machen Partys. Das ist nett. Aber ein Hobbyverein“. Abgesehen davon, dass es eine beachtliche Anregung für das FLZ ist, sie mögen sich doch einen Psychologen anstellen, stellt sich insgesamt die Frage, wie Zoller-Frischauf zu ihrer Einschätzung „der Lage“ kommt. Einen Schutzraum für Frauen und insbesondere auch für Lesben braucht es so lange, bis es keine Diskriminierung mehr gibt. Insbesondere in Bezug auf Homophobie (noch mehr als in Bezug auf frauenspezifische Diskriminierungen), sind wir davon im heiligen Land Tirol berggipfelweit entfernt. Woher Zoller-Frischauf ihren diesbezüglich gegenteiligen Erfahrungsschatz bezieht, wäre interessant. Auch mit ihrer Einschätzung, dass der gegenseitige Austausch, die Selbstermächtigung, das selbstorganisierte Auftreten gegen Homophobie und Benachteiligung, „nett, aber nur ein Hobby“ sei, beweist sie – „nett“ formuliert – maximale Inkompetenz in Bezug auf die Aufgaben des von ihr geleiteten Referates. Weniger nett formuliert könnte man sagen, dass sich Zoller Frischauf damit selbst als antifeministisch outet und sich darüber hinaus herabwürdigend gegenüber einer Empowerment-Organisation von und für Lesben verhält.

Kinovi[sie]on ist ein Beispiel dafür wie Förderung durch das Frauenreferat idealerweise funktionieren sollte. Das Otto Preminger Institut betreibt zwei Programmkinos und bringt dort engagiertes Kinoprogramm auf die Leinwand. Allerdings sind Frauen im Filmbereich – wie gerade in letzter Zeit im Zusammenhang mit der ersten Oscar-Verleihung an eine Regisseurin ausgiebig öffentlich diskutiert wurde – mehr als unterrepräsentiert. Und dies auf mehreren Ebenen: nicht nur, dass Filme von Regisseurinnen weit weniger Öffentlichkeit erreichen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch das große Geld der Filmindustrie fließt größtenteils in männliche Taschen. Ganz zu schweigen von den problematischen Frauenbildern die im kommerziellen Filmschaffen nach wie vor im Zentrum stehen. Gleichzeitig gibt es aber ein breites Repertoire von Filmen, die von Frauen gemacht wurden. Dort werden Themen und Sichtweisen ins Zentrum gerückt, die dem Publikum emanzipatorische Lebenskonzepte von Frauen ebenso vorstellen wie sie tabuisierte Themen – beispielsweise Homophobie oder Gewalt gegen Frauen – öffentlich machen. Aus diesem Wissen heraus, gründete sich die Initiative Kinovi[sie]on, die zwar dem Leokino angegliedert ist, in der aber Frauen eine ganzjährige Programmschiene gestalten, in der oben Genanntes Platz, Aufmerksamkeit und Diskussionsraum findet. Dafür gab es bisher eine zusätzliche Förderung durch das Frauenreferat von € 2000.- jährlich. Eine Summe die es – gemeinsam mit anderen kleinen Förderungen – ermöglicht hat, diese aufwändige, emanzipatorisch wichtige und sinnige Schiene zu finanzieren. Eigentlich ein Projekt, mit dem eine Frauenreferentin stolz die Erfüllung ihrer Aufgaben bewerben könnte. Wären ihr die Inhalte

nicht zu feministisch, zu emanzipatorisch, zu viel mit Selbst-Empowerment von Gruppen verbunden, für die sich die Landesrätin nicht interessiert. Ganz im Gegenteil.

Festigung bestehender Verhältnisse

Die Förderpolitik von Zoller-Frischauf und ihre „Begründung“ dieser zeigen deutlich, dass sie die Förderrichtlinien des Frauenreferats nicht nur unzulänglich umsetzt, sondern diesen explizit zuwiderhandelt und dadurch versucht, ein reaktionäres Gesellschaftsbild durchzusetzen, in welchem kritischer Feminismus keinen Platz hat.

Mit Aussagen wie „Veranstaltungen, wo die Einkommensschere bejammert wird, nützen nichts“ oder – wie auf ORF online zitiert – „Beratungen, die im Frauen-Lesben Zentrum angeboten würden, könnten an anderer Stelle qualifizierter geleistet werden, das Zentrum sei eine weitere Ausgrenzung“, aber auch mit den von ihr genannten zukünftigen Prioritäten – „professionell rechtlich und psychologisch beraten“, z.B. „Beratung für Prostituierte die aussteigen möchten“ – zeigt Zoller-Frischauf, worauf sie abzielt: Nicht auf eine Veränderung der bestehenden Unrechtsverhältnisse, sondern darauf, die realen Ungleichheiten und den realen Schaden, den bestehende Verhältnisse anrichten, zu vertuschen bzw. diese ein bisschen zu verwalten und mit neoliberaler Rhetorik schönzureden. In letzter Konsequenz zielt Zoller-Frischaufs Förderpolitik auf die Konsolidierung der bestehenden, Frauen diskriminierenden Verhältnisse in Tirol ab.

Zoller-Frischauf disqualifiziert sich mit dieser Haltung, ihren Aussagen und den getätigten Kürzungen als Frauenreferentin. Die TKI schließt sich deshalb der Forderung der aktuell von den Streichungen betroffenen Einrichtungen nach einem Rücktritt der Frauenreferentin an und fordert die Rücknahme der beschlossenen Kürzung/Streichungen.